

Drucken - Fenster schliessen

Nachrichten: Übrigens

Jetzt bloß keinen Aufstand

18.07.2009

So muss es kommen, wenn man sich über Jahre hinweg nicht einigen kann. Dann nimmt eben eine höhere Macht das Heft in die Hand und bestimmt, wo es langgeht. Genauso verhält es sich in der Sache mit den Leitstellen der Rettungsdienste im Kreis Tübingen. Fast überall in Baden-Württemberg ist die integrierte Leitstelle, sprich die gemeinsame Notrufzentrale von Feuerwehr und Rotem Kreuz, Standard. Nur in sieben Kreisen leistet man sich noch zwei Leitstellen nebeneinander. Fünf davon befinden sich auf dem Weg, dies zu ändern. Allein Karlsruhe und Tübingen zieren sich.

Diese Woche hat das Landeskabinett den Entwurf eines neuen Rettungsdienstgesetzes in den Landtag eingebracht. Nach diesem Entwurf ist die integrierte Leitstelle zwingend vorgeschrieben, eine Ausnahme wie im bisherigen Gesetz lässt die Vorschrift nicht mehr zu. Dennoch hat Landrat Joachim Walter angekündigt, er werde um die Tübinger Leitstellen-Konstruktion kämpfen.

Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, dass der Landtag wegen nur zwei aus der Reihe tanzender Kreise die Ausnahmeregelung wieder in den Entwurf hineinschreibt. In Tübingen muss man davon ausgehen, dass im November das neue Rettungsdienstgesetz mit der Verpflichtung zur integrierten Leitstelle in Kraft tritt. In der Tat ist es sinnvoll, dass die Notfallrettung in ganz Baden-Württemberg einheitlich geregelt ist. Deswegen sollte man in Tübingen Realpolitik machen und einen Aufstand vermeiden, der nur Kraft kostet und nicht zum erwünschten Ergebnis führt. Schließlich haben die Tübinger schon einmal mit ihrem Versuch, die Einsatzzentralen zu vernetzen, eine Abfuhr beim Sozialministerium erlitten.

Lisa Federle, die hochengagierte Leiterin des DRK-Rettungsdienstes, hat sich wie ihre Partner auf der Seite der Feuerwehr im Konflikt um die Leitstellen nicht mit Ruhm bekleckert. Inzwischen will sie ja auch die integrierte Leitstelle, aber noch vor drei Jahren, als Boris Palmer im OB-Wahlkampf die Initiative ergriff und die Zusammenlegung empfahl, hat sie sich dagegen ausgesprochen, offenbar gegen das Votum der hauptberuflichen Rotkreuz-Mitarbeiter.

Ist es denn so schwer, gemeinsame Sache zu machen? Feuerwehr und DRK-Rettungsdienst haben das gleiche Interesse und den gleichen Auftrag, nämlich das Leben von Menschen zu retten und die Notfallhilfe zu optimieren. Da sollten Eitelkeiten und Gruppenegoismen abgestreift, alle Energie fürs gemeinsame Ziel aufgewandt werden. In den Landkreisen der Nachbarschaft hat man sich schließlich auch zusammenraufen können.

Gut, dass das Regierungspräsidium sich jetzt in den Konflikt um die Leitstellen und um die Notrufnummer 112 einschaltet. Im sachlichen Gespräch lässt sich eine Lösung erreichen, die allen erlaubt, ihr Gesicht zu wahren.

RAIMUND WEIBLE

Quelle: <http://www.tagblatt.de/3270496>

Alle Artikel, Bilder und sonstigen Inhalte der Website www.tagblatt.de und www.cityinfonetz.de sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weiterverbreitung ist nur mit

ausdrücklicher Genehmigung des Verlags Schwäbisches Tagblatt gestattet.

Drucken - Fenster schliessen